

Draußen vor der Tür

Das neue Bündnis AUKUS ist ein verschärfter Weckruf für Europa, endlich zu einem echten geopolitischen Player zu werden | Von Michael Schaefer

US-Präsident Biden spricht von einem „historischen Schritt“, der Allianzen für neue Herausforderungen schaffen wird. Der französische Außenminister bezieht Washington der Lüge, spricht von „Dolchstoß“ und ruft seinen Botschafter zur Berichterstattung nach Paris. Der europäische Außenbeauftragte Josep Borell, der gerade in Brüssel eine neue europäische Strategie für den asiatisch-pazifischen Raum vorstellen will, sieht sich düpiert von der überraschenden Nachricht.

In Deutschland bewegt die Sache keine der politischen Parteien im Endspurt auf die bevorstehende Bundestagswahl. Sie spielte in den drei Triellen kaum eine Rolle, erst in der „Schlussrunde“ am Donnerstagabend sprachen die Spitzenkandidaten der Parteien überhaupt über außen- oder europapolitische Themen, nachdem ein Leitartikel nach dem anderen den Mangel beanstandet hatte. Das muss jeden besorgen, der sich die Auswirkungen der außenpolitischen Lage und die fehlende politische Debatte – eine Voraussetzung für politische Projekte größerer Tragweite – klarmacht.

Worum geht es?

Die USA haben bekanntgegeben, dass sie ein neues verteidigungspolitisches Bündnis schließen wollen mit Australien und Großbritannien. Kurzform: AUKUS. Enge nachrichtendienstliche Zusammenarbeit und der Austausch von Schlüsseltechnologien wie Künstliche Intelligenz und Quantentechnologie sind Schwerpunkte des Dreierbündnisses. Konkret wird Washington Australiens nukleare Antriebstechnologien für Atom-U-Boote zur Verfügung stellen, ein Novum in der neueren amerikanischen Militärgeschichte.



Joe Biden



Boris Johnson



Scott Morrison

Aber rechtfertigt das die heftigen Reaktionen?

Die Verärgerung in Paris ist nachvollziehbar: Das Bündnis ignoriert die französische Strategie im Südpazifik, an der Paris seit langem mit Australien arbeitet; sie ist ein Schlag gegen die französische Rüstungsindustrie, die durch AUKUS einen Milliardenvertrag verloren hat. Denn seit Jahren verhandelt Frankreich mit Australien über die Lieferung von dieselbetriebenen U-Booten, ein Jahrhundertvertrag aus französischer Sicht, der jetzt durch AUKUS außer Kraft gesetzt ist, ohne vorherige Warnung oder gar Konsultation durch Washington oder Canberra. Dass der französische Botschafter in Washington von einem schweren Vertrauensbruch, von einem präzedenzlosen Vorgang zwischen Alliierten

spricht, verdeutlicht das Ausmaß der Verärgerung. Ein Grund für alle Europäer, Paris in dieser Frage den Rücken zu stärken.

Doch es geht um mehr als um U-Boote.

Um sehr viel mehr. Es geht um einen grundlegenden Paradigmenwechsel in der geostrategischen Machtverteilung. Ein Paradigmenwechsel, in dem Europa offensichtlich nur eine Statistenrolle zukommt. Die kollektive Empörung der Europäer über die erratische Außen- und Sicherheitspolitik eines Donald Trump, der die multilaterale Architektur der Nachkriegswelt einzureißen drohte, und ihre mindestens ebenso große Erleichterung über die Wahl seines Nachfolgers Joe Biden, der das Rad wieder zurückdrehen schien, waren überzogene emotionale Reaktionen auf den

Ziel ist vor allem eine symbolische Zahl. „Burdensharing“ ist künftig nicht nurmehr ein politisches Petition, sondern eine *conditio sine qua non*.

Was Europa bislang nicht wirklich realisiert (weil nicht sein kann, was nicht sein darf), ist, dass die Entschlossenheit Washingtons, der großen neuen geopolitischen Herausforderung des 21. Jahrhunderts mit einem Strategiewechsel zu begegnen, das geopolitische Spielfeld neu definiert und Europa ein Stück weit sich selbst überlässt.

Es geht um China

In den USA gibt es ein Thema, bei dem parteiübergreifend Konsens herrscht: Der Aufstieg Chinas stellt eine Bedrohung der amerikanischen wirtschaftlichen, geopolitischen und militärischen Macht dar.

Diesem Paradigma wird alles nachgeordnet. Nicht zuletzt, weil Biden dort eine Chance sieht, innenpolitisch Kritik abzufangen, die seine Außen- und Sicherheitspolitik systematisch torpediert.

Aus Sicht Washingtons ist Peking auf dem besten Wege, das durch den vermeintlichen amerikanischen Rückzug aus der Welt geschaffene Vakuum zu füllen. Die *Belt and Road Initiative* – die neue Seidenstraße mit ihrer proaktiven Strategie der Schaffung von Abhängigkeiten in Zentralasien und Afrika, die chinesische Druckkulisse im südchinesischen Meer und gegenüber Taiwan oder der völkerrechtswidrige Rückbau des Rechtsstaats in Hongkong werden als Teile einer expansiven Politik Chinas gesehen. Auch das chinesische Ziel, der pazifischen Handelszone CPTPP beizutreten, einer Nachfolgerin des TPP-Abkommens der

bereits beginnenden Paradigmenwechsel.

Denn schon Barack Obama hatte mit seinem *pivot to Asia* eine politische Gewichtsverlagerung vom Atlantik nach Ostasien und in den Pazifik angekündigt. Doch die Zeichen wurden in Europa fehlinterpretiert. Bei Obama, weil Krisen in der Ukraine und im Mittleren Osten einen Umstieg verzögerten; bei Biden, weil man dessen Bekenntnis zur Nato vorschnell als Renaissance der transatlantischen Allianz alter Prägung, als neuen alten Kern amerikanischer Sicherheitspolitik bewertete.

Tatsächlich sind die USA bereit, der atlantischen Allianz auch weiterhin Bedeutung zu geben; allerdings unter einer wesentlichen Bedingung: dass die europäischen Partner auch operativ bereit sind, substantiellere Beiträge für ihre eigene Sicherheit zu erbringen. Das Zwei-Prozent-

AUF DEN ZWEITEN BLICK



INGE KLOEPPER

ist freie Journalistin. Sie schreibt u.a. für die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* und veröffentlichte zahlreiche Bücher, darunter die Biographie Friede Springers, für die sie als Wirtschaftsjournalistin des Jahres ausgezeichnet wurde.

Made in China

Das chinesische Zeichen 恒 (héng) erlangt in diesen Tagen eine zweifelhafte Konnotation. Übersetzt wird es eigentlich mit „ausdauernd“, „beständig“ oder „konstant“ und zielt in Kombination mit dem chinesischen Zeichen 大 (dà) für „groß“ einen Immobilienkonzern, dessen Geschäftspolitik dem darin liegenden Versprechen derzeit wohl kaum gerecht wird. Der chinesische Wohnungsbau-Gigant hat sich im Englischen den Namen Evergrande gegeben, was deutlich banaler klingt als das, was in der Bedeutung der chinesischen Zeichen tatsächlich mitschwingt: Erfolg durch Beständigkeit.

Beständig aber ist gerade gar nichts bei Evergrande. Der Konzern wankt und kann seine Zahlungsverpflichtungen nicht bedienen. Ob er das Geld hat, die Wohnungen fertigzustellen, die Millionen seiner Kunden schon bezahlt haben, steht mehr als in Frage. Seine Verschuldung von mehr als 300 Milliarden Dollar ist exorbitant. Angeblich bereitet die Zentralregierung das Land auf seinen Kollaps vor.

Das Problem ist in dreifacher Hinsicht heikel. Erstens ist Evergrande mit seinem Finanzgebaren kein Einzelfall. Im Gegenteil: China ertrinkt in Schulden. Provinzen, Kreise, Städte, Staatskonzerne, der Zentralstaat – sie alle leben auf Pump. Inzwischen erreicht die Schuldenlast fast 300 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung des riesigen Reichs. Zweitens macht die hochverschuldete Immobilienwirtschaft einschließlich der Baubranche einen beachtlichen Teil des chinesischen Bruttoinlandsprodukts und damit der chinesischen Wachstumsdynamik aus. Und drittens ist China zum Wirtschaftswachstum verdammt, liegt doch genau darin das Versprechen der permanenten Wohlstandsmehrung, mit dem sich die autoritäre Zentralregierung das Milliardenvolk gewogen hält. Aufgrund dieser Zusammenhänge könnte Evergrande ganz China in die Krise stürzen.

Aus westlicher Sicht ist der Kurs, den China seit der wirtschaftlichen Öffnung unter Deng Xiaoping verfolgt, so etwas wie eine gigantische Versuchsanordnung: ein kommunistisches Regime mit dem totalen Durchgriffsrecht auf jedes Feld der volkrepublikanischen Gesellschaft versucht, sich ausgerechnet der wohlstandstreibenden Vorteile zu bedienen, die eine kapitalistische Ordnung mit sich bringt.

Dass die Regierung gedacht hat, in dieser Anordnung gebe es keine Trade Offs, ist fast nicht vorstellbar. Wachstum zulasten finanzieller Solidität geht eben nicht lange gut. Aber vielleicht hat Peking gehofft, in seinem autoritären System die Schuldenwelle leichter einzudämmen. Sollte ihr das gelingen, um dadurch auf den Pfad der Beständigkeit zurückzukehren, sind Wachstumseinbußen die notwendige Folge.

Wie das Milliardenvolk darauf reagiert, wird mindestens so spannend wie, wenn erst Evergrande und dann womöglich auch noch andere Schuldenpyramiden des Landes in sich zusammenstürzen.

It's the Digitalisierung, stupid

Kann Deutschland im technologischen Wettrennen mithalten? Die Beharrungskräfte sind mächtig | Von Oliver Rolofs

Die jüngsten Zahlen zur technologischen Innovationsfähigkeit Deutschlands und dem Stand der Digitalisierung von Staat und Wirtschaft sind beschämend. Der kürzlich vom European Center for Digital Competitiveness in Berlin herausgegebene „Digital Riser Report“ hat das schonungslos beziffert. Demnach ist die Bundesrepublik im internationalen Vergleich zum zweiten Mal in Folge auf dem vorletzten Platz der sieben wichtigsten Industrienationen gelandet.

Die finanziell und wirtschaftlich schwächeren Nachbarn Frankreich und Italien, die oftmals mit erhobenem Zeigefinger von Berlin wirtschaftspolitisch belehrt werden, haben in dem digitalen Ranking Deutschland weiter hinter sich gelassen. Noch schlimmer steht die größte Volkswirtschaft Europas im Vergleich mit den 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländern (G20) da – weit abgeschlagen an drittlezter Stelle.

Nicht besser die Bewertung im Bereich der Innovation. Auch im diese Woche veröffentlichten Global Innovation Index 2021 der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) geht die Talfahrt für Deutschland weiter. In dem Index, der jährlich die Innovationskraft von insgesamt 132 Volkswirtschaften evaluiert, hat sich Deutschland um eine Position zum Vorjahr auf den 10. Platz verschlechtert, während wie in den vergangenen Jahren die Schweiz, vor Schweden und den USA, auf Platz 1 führt, gefolgt vom Vereinigten Königreich und Südkorea, das einen Sprung vom 10. auf den 5. Platz machte. Bei der digitalen Beteiligung der Bevölkerung rutschte Deutschland von Platz 23 im Vorjahr auf Platz 57 ab, bei Digitalangeboten der öffentlichen Verwaltung sogar von Platz 17 auf Platz 59. Für die Demokratie

und das öffentliche Vertrauen in die Institutionen sind das alarmierende Werte, werden damit doch auch die Partizipationsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger eingeschränkt.

Wenn solche Werte weiterhin der weltweit drittgrößten Exportnation erhalten bleiben, droht statt einem Modernisierungsjahrzent eine Dekade ihres Projekts „Digitales Europa 2030“ gewarnt. Es ist ein Alarmruf: Europa zerbricht, wenn es nicht schneller digitalisiert und in den Innovationsmodus schaltet. Doch ein Blick in die tatsächlichen Fakten verheißt nichts Gutes. Zwar haben die Pandemiejahre 2020/21 einen Wendepunkt in der digitalen Transformation markiert, aber gleichzeitig unsere Abhängigkeit von digitalen Technologien offenbart und ein großes Dilemma aufgezeigt, in dem wir Europäer uns befinden. Der Ist-Zustand der globalen digitalen Welt ist ein wesentlicher Grund, sich um Deutschlands und Europas Wettbewerbsfähigkeit und Souveränität zu sorgen.

Bis heute ist keines der 15 weltweit führenden Digitalunternehmen europäisch. Auch gibt es weiterhin kein nennenswertes europäisches Betriebssystem, keinen Browser, kein Soziales Netzwerk, keinen Nachrichtendienst und keine Suchmaschine – das sind harte Fakten. Sie müssen uns vor allem deswegen alarmieren, da Europa so bereits fast zwei Drittel seines Datenkapitals

Aufgehobene Vergangenheit

Ein etwas anderer Dialog der Kulturen.

Zur Eröffnung des Humboldt Forums | Von Merlijn Schoonenboom

Das Urteil war streng, als diese Woche das Ethnologische Museum im Humboldt Forum mit einer Verspätung von einem Jahr nun endlich seine Türen öffnet. „Ein Symbol deutscher Herrschaft“, schreibt *Der Spiegel* nach einem ersten Besuch. Der Rezensent ist der Ansicht, dass nicht die Neugier, sondern das Misstrauen vorherrscht: „Jedes Objekt steht quasi unter Verdacht.“

Am Mittwochabend während der Eröffnung weiß sogar Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier für einen Augenblick nicht, wie er den Abend festlich beginnen lassen soll: „So, jetzt steht es hier“, lauten die ersten Worte seiner Rede: „Und nun?“ Eine eindeutige Antwort gibt es nicht. Denn: „Dieser Ort wirft im Augenblick noch mehr Fragen auf als er Antworten gibt, auch Fragen an unsere Nation. Halten wir das aus?“

Diese Verzweiflung steht in einem grellen Kontrast zu den Ereignissen acht Jahre zuvor, als der Wiederaufbau des Stadtschlosses in Angriff genommen wurde. Das Humboldt Forum, so klang es bei der Grundsteinlegung 2013 aus dem Mund von Klaus Wowereit, sei nichts weniger als eine „Botschaft an die Welt, wie Deutschland sich als weltoffenes Land versteht“. Die Gebrüder Humboldt repräsentieren beide „das Beste von Preußen“, wie Gründungsintendant Hermann Parzinger es formuliert, sie hätten es verstanden, dass „an einem solchen Ort afrikanische Kunst und Kultur gleichwertig der europäischen und den anderen“ präsentiert werden müssen.

Doch es kam anders. Die Eröffnung der ethnologischen Sammlung fällt mitten in die heftig geführte Diskussion um die koloniale Vergangenheit Deutschlands. Sogar Alexander von Humboldt, der nur wenige Jahre

vorher noch als der neue „Vorzeigedeutsche“ gefeiert werden konnte, wie ihn Rüdiger Schaper in seiner Biographie bezeichnete, ist inzwischen aufgrund seiner für das 19. Jahrhundert typischen Denkweise zur umstrittenen Figur geworden. Was eine Repräsentation des „weltoffenen Deutschland“ werden sollte, entpuppte sich am Ende als eine Geschichte über Schuld. Berlin schien sich, mitten in seinem Zentrum, ein weiteres Problem geschaffen zu haben.

Nur: Sind solche Diskussionen an diesem Ort überhaupt zu vermeiden? Für mich jedenfalls gehörten sie zu den Gründen, die mich vor einigen Jahren veranlasst haben, diesen Ort als roten Faden für mein Buch über die Suche der Deutschen nach ihrer Identität zu wählen. Der Schlossplatz war noch nie ein Ort des harmonischen Einvernehmens. In den vergangenen 150 Jahren war er immer wieder so etwas wie ein Seismograf der gesellschaftlichen Befindlichkeiten. Die Visionen der politischen Elite des Landes kommen dort in jeder Epoche genauso zum Ausdruck wie die Angriffe ihrer Widersacher.

Allen Diskussionen lagen letztlich gewichtige ideologische Sichtweisen auf die Identität des Landes zugrunde. In den 1990er-Jahren stritt das neue, wiedervereinigte Deutschland vor allem über die Erinnerung an Preußen. Um einiges dramatischer war 1950 die Sprengung des alten Stadtschlosses, eine Abrechnung der DDR mit dem „preußischen Militarismus“. Einige Jahrzehnte vorher ertönten vom Balkon des Stadtschlosses herab alles andere als friedliche Reden, am 1. August 1914 von Willem II., am 9. November 1918 von Karl

